

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 147 (1981)
Heft: 5

Artikel: Kann die Sowjetunion angreifen?
Autor: Tappenbeck, Ralph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-53683>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die durch den Zonenstab erarbeiteten Grundlagen und Dispositionen bilden das **Fundament** für die Einsatzplanung der Kampftruppe und für die Zusammenarbeit mit den zivilen Behörden.

Diese Realitätsbezogenheit macht die Faszination und die Motivation der Arbeit im Zonenstab aus. Über die Kriegsvorbereitung und die Fachausbildung hinaus, leitet der Zonenstab auch noch die Ausbildung für das Verhalten der Stäbe und Truppen im Kampf. Der Angehörige der Zone kann sich nicht nur auf seine Fachausbildung beschränken, er muss sich auch über ein **kriegsgenügendes Verhalten** in jeder Lage ausweisen können. Mit der Waffe in der Hand, hat er seinen Beitrag an die Verteidigung zu leisten. Ein Hinterland im logistischen oder territorialdienstlichen Bereich gibt es im modernen Krieg nicht; der Angehörige einer Zone steht zusammen mit der Kampftruppe an der Front.

Der komplexen Forderung an Kriegsvorbereitung, Ausbildungsführung und Führung im Kampf ist nur der Stab gewachsen, dessen Angehörige einerseits selbst über **Truppenerfahrung** verfügen und sich andererseits in den verschiedenen, vielschichtigen Fachbereichen über ein breites Wissen ausweisen können. Zudem müssen sie bereit sein, über ihr eigenes Fachwissen hinaus, sich in andere Stabsfunktionen einarbeiten zu lassen.

Die **Vorbereitung und Durchführung von Übungen** mit den in ihrer Art unterschiedlichen Verbänden einer Zone, erfordern das Erarbeiten einer Vielzahl von Übungsanlagen. Eine besondere Herausforderung an den Stab bilden die kombinierten Stabsübungen zwischen den Territorialkreisen und den zivilen, kantonalen Behörden. Ebenso Übungen, die der Schulung der Luftschutz- und Spitalregimenter in Zusammenarbeit mit entsprechenden zivilen Schutzorganisationen dienen. Ferner werden auch Truppenübungen angelegt, worin alle eben vorgestellten militärischen und zivilen Partner praktisch gemeinsam beübt werden.

Kriegsvorbereitung, Anlegen und Leiten von Übungen zur Schulung der Zonentruppen führen zwangsweise zu einer **vermehrten Anzahl von Dienstagen**. Es gehört zur Regel, dass Mitglieder des Stabes (verteilt über ein Jahr) 25 Tage, Dienstchefs und Generalstabsoffiziere 30 und mehr Tage Dienst leisten müssen. Der Territorialzonenstab ist beileibe kein bequemer Alterssitz. ■

Kann die Sowjetunion angreifen?

Major Ralph Tappenbeck

Stärke der Streitmacht und Ideologie bejahen diese Frage. Die Entwicklung des Sowjetimperiums ist zunehmend von wirtschaftlichen Faktoren abhängig; hier zeichnet sich eine Tendenz zur Autarkie ab. Der Westen darf keine Schwachstellen zeigen und muss praktische Solidarität mit den einzelnen Völkern beweisen. ewe

1 Militärische Gegebenheiten

Die Möglichkeit, dass die Sowjetunion angreifen könnte, muss vom militärischen Standpunkt aus vorbehaltlos bejaht werden. Jedes Herumreden wäre Augenwischerei! Alle militärischen Sachverständigen im Westen attestieren der **Sowjetunion militärisch eine Überlegenheit** im Verhältnis von 3:1, wobei diese eine rein rechnerische Durchschnittsangabe ist. Aber auch hinsichtlich der Qualität der Waffensysteme, der Treffergenauigkeit und der Logistik hat der Westen seine Überlegenheit gegenüber dem Ostblock stückweise eingebüsst.

Aus der einschlägigen Sowjetliteratur wissen wir, dass eine **zahlenmässige Vormachtstellung** stets ein erstrangiges Ziel der Oststrategie bildete. Somit wäre heute – von den politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten abgesehen – die Ausgangslage für einen militärischen Angriff aus dem Osten gegeben. Hinzu kommt das unkalkulierbare Überraschungsmoment: Ob tatsächlich eine Vorwarnzeit von Stunden oder Tagen besteht, ist zwar für den Verteidiger von etwelcher Bedeutung; in Anbetracht der zu gewärtigenden Wucht, mit der ein Angriff eingeleitet werden dürfte, ist die Frage indessen als reichlich theoretisch zu bezeichnen.

2 Politische Gegebenheiten

Im politischen Gesamtzusammenhang wird nun allerdings die militärische Potenz relativiert werden müssen. Zwar ist auch in der Sowjetunion der militärische Machtapparat ein Instrument der Politik und damit der Parteiführung unterstellt. **Wenn die Partei**

den Moment für gekommen erachtet, zur Durchsetzung ihrer Politik den militärischen Apparat einzusetzen, wird sie nicht zögern, dies zu tun.

Die Frage, ob es sich die Sowjetunion denn leisten könne, gegen die öffentliche Meinung im Westen (und teilweise auch im Satellitenbereich) einen Grossangriff durchzuführen, ist deshalb müssig. Immerhin zeigen die Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit deutlich, dass keine westliche Schwäche oder Untätigkeit von den Sowjetimperialisten unausgenutzt geblieben ist. Auf diese Weise schafft sich die Sowjetregierung eine Reihe von Optionen. Auch die Bereitschaft, erhöhte Risiken einzugehen, ist ein unverkennbares Zeichen sowjetischer Handlungsweise der neueren Zeit.

Ebenso darf die Möglichkeit nicht verkannt werden, dass es der Sowjetregierung eines Tages gelingen könnte, eine Lage zu schaffen, die ihr **einen Angriff auch zu motivieren erlaubt**, namentlich gegenüber den «eigenen Völkern». Hierin müsste auch eine eventuelle «Flurbereinigung» in Polen eingeschlossen werden. Auch der Nachfolger Giereks, Kania, ist von Moskaus Gnaden abhängig, und sollten Ereignisse eintreten, die zu einer Aufweichung führen, die der Kreml unter noch so viel Konzessionsbereitschaft dem polnischen Regime (und Volk) gegenüber nicht mehr verantworten zu können vorgäbe, wird er handeln – alles andere wäre Illusion!

3 Wirtschaftliche Gegebenheiten

Der gesamte Sowjetblock ist ausnahmslos verschuldet: die Satelliten

gegenüber der Sowjetunion, die Sowjetunion samt Satelliten dem Westen gegenüber. Nach wie vor genießt im Ostblock die Schwerindustrie gegenüber der Konsumgüterindustrie den Vorrang. Ebenso benötigt der Ostblock westliches Know-how, obwohl in den letzten Jahren nicht zu übersehende Eigenentwicklungen festzustellen sind. Die Sowjetunion benötigt wie jedes industrialisierte Land, Energie und Rohstoffe. Ein Land mit rund 230 Millionen Menschen will leben. Dazu braucht es u. a. Getreide, das im Westen beschafft werden muss. Die 5-Jahres-Pläne wurden bekanntlich nicht erfüllt, die Zukunftserwartungen wurden zurückgeschraubt. Die Sowjetunion liefert noch Energie und Rohstoffe an ihre Satelliten. Aber wie lange noch?

Könnte deshalb die Sowjetunion nicht versucht sein, **sich das fehlende Wirtschaftspotential gewaltsam zu holen**? Oder gelingt ihr dies womöglich gar auf kaltem Wege: durch die indirekte Kriegführung, die sie mit aller Raffinesse zu führen versteht? Indes: vom Westen noch nicht in allen Dimensionen erkannt, spielt sich in der Sowjetunion wirtschaftlich etwas ab, das sehr bedeutungsvoll für die Zukunft dieses Landes werden könnte; nämlich: die **Erschliessung Sibiriens**. Sibirien ist praktisch ein Kontinent; seine Fläche mit rund 12 Millionen km² ist beinahe 300mal so gross wie die Schweiz. Es besitzt sämtliche wichtigen Bodenschätze und Rohstoffe, wie Vorkommen von Erdöl in ungeahntem Ausmass, ferner Stein- und Braunkohle, Eisen, Kupfer, Phosphate, Zinn, Wolfram, Asbest und seltene Mineralien und Metalle. Dieses Land der Tundra und Taiga kennt Temperaturschwankungen zwischen +40° bis -72° Celsius. Neben der bereits bestehenden Transsibirischen Eisenbahn ist eine zweite im Bau, die Baikal-Amur-Magistrale. In Akademgorodok, der Stadt der Wissenschaft mit 400 000 Einwohnern, leben Tausende von Gelehrten, denen ebenso wie den Arbeitern überhaupt, die sich an der Entwicklung Sibiriens beteiligen, ein verhältnismässig hoher Lebensstandard zugebilligt wird.

Alles deutet darauf hin, dass die Sowjetunion im Begriffe ist, die Phase zu erreichen, die jedes Imperium durchlaufen musste: **Konsolidierung des Erreichten**, wenn nicht Zerfall drohen soll. Davon profitiert nun wahrscheinlich auch Polen, das (bei Beachtung seiner Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager) letztlich mehr Freiheit und damit Selbständigkeit (Unabhängigkeit) im wirtschaftlichen Bereich anstrebt. Dies könnte nun aber im Zu-

sammenhang mit der Erschliessung Sibiriens durchaus im Interesse des Kremls liegen. In der Tat könnte die Sowjetführung versucht sein, der Wirtschaft im eigenen Herrschaftsbereich Dominanz einzuräumen.

Die Entwicklung des Sowjetimperiums ist zunehmend von wirtschaftlichen Faktoren abhängig. Unzufriedenheit in der Bevölkerung, zufolge wirtschaftlicher Fehlentwicklungen, kann zu **Erosionen** von unvorstellbaren Ausmassen für das Regime führen. Die Altersstruktur des Politbüros drängt nach einer Verjüngung: neue Kräfte, weniger der Parteideologie verpflichtet als den realen Erfordernissen, könnten schon aus Überlebensgründen darnach trachten, ein Schicksal eines Gomulka und Gierek zu vermeiden. Das Beispiel Polen könnte daher mit der Zeit in abgeschwächter Form auch in den übrigen Ostblockstaaten Schule machen, wobei wiederum zu beachten wäre, dass es sich vorab um eine interne Systemanpassung handelte, eine Anpassung an eine längst überfällige, somit neu zu definierende Wirtschaftspolitik.

4 Schlussfolgerungen

Die Sowjetunion sieht sich **schwierigeren Verhältnissen** gegenüber. Die Verurteilung ihrer Intervention in Afghanistan durch die UNO-Vollversammlung – auch wenn diese «nur» verbal erfolgte – war eine Blamage. Namentlich die Reaktion der Länder der Dritten Welt, zu denen die Weltmacht gute Beziehungen pflegt, war nicht vorauszusehen. Ob sich hier etwa auch eine Tendenzwende ankündigt? Die sowjetische Entwicklungshilfe mit rund 7 Milliarden Dollar in 20 Jahren ist nämlich im Vergleich zum Westen allein in einem Jahr, ein kleines Rinnsal, ganz im Gegensatz zu ihren militärischen Aufwendungen von täglich etwa 20 Millionen Dollar!

Die Hauptsorge der Sowjetführung liegt zweifellos in der **Bewahrung ihrer imperialen Macht**. Der von ihr geförderte Entspannungsprozess stagniert. Die Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungsbeschränkungen dürften in der Folge eines an neuem Selbstvertrauen erstarkten amerikanischen Senats erschwert sein. Was also kann sie tun? Entweder zwingt sie die wirtschaftliche Lage dazu, immer mehr Freiheitsräume zuzulassen oder mit zunehmender Härte zu reagieren. Beides bedeutet jedoch letztlich eine Bankrotterklärung und einen ideologischen Gesichtsverlust.

Sie könnte aber auch darauf warten, dass sich **im Bündnis zwischen den**

Ländern der freien Welt, weitere Schwachstellen offenbaren, und diese rücksichtslos ausnützen. Jede Beschleunigung des von ihr geförderten Zerfallsprozesses käme ihr gelegen. Drohungen mit militärischer Macht und Verlockung mit lukrativen Geschäften bieten sich an. Zu nennen wären etwa: bilaterale Wirtschaftsabkommen, kreditgünstige Energielieferungen, möglicherweise sogar mehrjährige Nichtangriffsverträge.

Der Westen – und hier vorab die Staaten Europas – muss daher einsehen, dass die kommenden Jahre nur aus einer gemeinsamen **Strategie der Festigkeit und Standhaftigkeit** heraus einigermaßen erträglich gestaltet werden können. Gefragt ist weniger eine Wirtschaftshilfe (die auch, vor allem Polen gegenüber, zu leisten ist, und zwar rasch) als ein Handeln in sicherheitspolitischer Sicht. Gegenüber der Sowjetunion und ihren Satelliten ist daher jede Hilfeleistung mit Forderungen nach mehr Freiheit und Menschenrechten, verbunden mit Rede-, Gewissens- und Versammlungsfreiheit, unabhängigen Gewerkschaften, eigenen Publikationsorganen für kirchliche Institutionen zu verknüpfen. Der Einwand, dies komme einer Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten gleich, übersieht die Tatsache, dass mit Berlin 1953, Budapest 1956, Prag 1968 und Kabul 1979 das internationale Recht und die völkerrechtlichen Abkommen, denen auch die Sowjetunion zugestimmt hat, auf eklatante Weise verletzt worden sind.

Der Westen, als Garant abendländischer Freiheit in demokratischer Selbstbestimmung, ist aufgerufen, **praktische Solidarität** zu beweisen. Viele Völker leben nicht frei. Ihnen diese Freiheit zu ermöglichen, muss das Ziel westlicher Strategie sein, sonst könnte eines Tages auch unsere Freiheit zerstört werden. Diese verlangt Opfer, aber nicht nur im Sinne spontaner Hilfsbereitschaft – wo dies glücklicherweise bei Naturkatastrophen noch der Fall ist –, sondern muss in eine Welle übergreifender Solidarität ausmünden. Sonst besteht die Gefahr, dass sich mit der Zeit ein Volk nach dem andern erhebt und die Völkerfamilie vollends auseinanderbricht, was wiederum nur Moskau recht sein könnte.

Auf unsere Frage, **ob die Sowjetunion angreifen kann**, gibt es somit nur eine Antwort: Sie lautet ja, wenn wir im Westen und vorab in Europa weiterhin untätig zusehen, wie die Freiheit zerstört wird. Sie lautet nein, wenn wir endlich praktische Solidarität beweisen und handeln. Noch ist es nicht zu spät!